

Die Krise als vergebene Chance



Foto: Arno Behlau

Inhalt

Hintergrund

- Reichtum umverteilen – 2 –
- Covid-19-Impfstoff – 4 –
- A49-Protest im Dannenröder Wald – 5 –
- Corona-Gewinner Amazon – 8 –

Gesundheit

- Bundtagspetition Pflege – 3 –

Kalender

- Rückblick – 6/7 –

Aktiv

- Gemeinnützigkeit – 09 –

Portrait

- Menschen in Attac – 10 –

Kiosk

- Neu im Webshop – 11 –

Seit dem Beginn der Covid-19-Krise wird uns drastisch vor Augen geführt, wie absurd unser Wirtschaftssystem ist und wie zerbrechlich und unzulänglich die sozialen Einrichtungen sind. Mit gigantischen Summen werden weltweit Konzerne und Finanzsysteme gerettet, gleichzeitig müssen die Menschen selbst in den reichsten Industrieländern erleben, wie ihre kaputtgesparten Gesundheitssysteme zusammenbrechen und Kranke nicht mehr ausreichend versorgt werden können.

Die täglich steigende Zahl an Corona-Opfern, die Bilder aus Notkrankenhäusern oder von in Heimen eingesperrten Menschen haben persönliche Betroffenheit und gesellschaftliche Erschütterungen verursacht. Es gab jedoch auch ermutigende Reaktionen. Viele akzeptierten die Einschränkungen ihres Soziallebens, um durch Alter und Vorerkrankungen besonders gefährdete Menschen zu schützen. Es kam zu einer Welle von Hilfsbereitschaft, vorübergehend schienen solidarisches Verhalten und Kooperation an die Stelle von Konkurrenz und das Recht des Stärkeren getreten zu sein.

Plötzlich wurde die Bedeutung der überwiegend von Frauen geleisteten Sorgearbeit (Care) zumindest ansatzweise erkannt, zuvor geringgeschätzte Berufe im Pflegebereich wurden als systemrelevant eingestuft. Dass Covid-19 durch die Übertragung vom Tier auf den Menschen verbreitet wurde und derartige Zoonosen durch den menschlichen Eingriff in die Ökosysteme entstehen, ist ins Bewusstsein getreten. Damit war auch der Zusammenhang zwischen Klima- und Covid-Krise deutlich geworden und es entstand die Erwartung, dass der Schutz der Biosphäre oberste Priorität erhalten würde. Maßnahmen, die vor Corona noch undenkbar erschienen, wie die weitgehende Einstellung des Flugverkehrs und des Massentourismus, schürten diese Hoffnung.

Der Moment der Offenheit, in dem vieles möglich zu sein schien, war nicht von Dauer. Die sozialen Probleme haben sich seither eher vergrößert, Frauen leisten noch mehr unbezahlte Care-Arbeit, die häusliche Gewalt gegen sie hat zugenommen und die Arbeitsbedingungen im Pflegebereich sind nach wie vor unzumut-

bar. Die Autoproduktion läuft weiter, während Schulen geschlossen werden. Dass beim Lockdown der Produktionsbereich nicht ernsthaft einbezogen wird, macht deutlich, dass privates Gewinnstreben weiterhin im Zentrum des wirtschaftlichen und staatlichen Handelns steht und nicht die Eindämmung dieser Pandemie oder Maßnahmen zur Beendigung des Klimawandels.

Wie bei Krisen so häufig, hat auch die Corona-Krise den gesellschaftlichen Wandel nicht begünstigt. Sie hat jedoch gezeigt, wie schnell das Marktsystem in der Krise versagt, und Widersprüche unseres Gesellschaftssystems deutlich gemacht, die nach gerechten und solidarischen Gegenentwürfen verlangen. Entweder, es gelingt uns diese zu entwickeln und ein gutes Leben für alle zu verwirklichen, oder die destruktive Profitlogik wird die beschleunigte gesellschaftliche Zerstörung fortsetzen.

Hermann Mahler, Attac-Koordinierungskreis

Reichtum umverteilen

Wer zahlt für die Krise?

Neoliberale Ökonom*innen, Wirtschaftsvertreter*innen und ein Großteil der Medien vertreten nach wie vor die Irrlehre, die in der Corona-Krise aufgelaufenen Schulden des Staates müssten von den Steuerzahler*innen gleich nach der Krise zurückgezahlt werden. FDP-Chef Christian Lindner dreht die bekannte Leier und warnt davor, den Enkelkindern unseren Schuldenberg zu hinterlassen.

Wir wissen aber, dass Kredite des Staates für öffentliche Investitionen notwendig sind. Wichtig ist für uns, nicht auf den »Schuldenberg« zu starren, sondern darauf zu drängen, dass Investitionen in die Energiewende, in Klima- und Umweltschutz, in die Verkehrswende, in den Umbau von Industrie und Landwirtschaft und in die Beseitigung der sozialen Ungleichheit fließen. Deutschland hat kein Schuldenproblem, sondern einen ungeheuren Investitionsrückstand.

Dass Finanzminister Olaf Scholz so viel Geld in der Coronakrise ausgeben konnte, war nur möglich, weil seine EU-Kollegen die Defizitregeln des EU-Vertrages nach einer darin enthaltenen Klausel ausgesetzt haben. Das war richtig und notwendig. Das zeigt aber, wie unsinnig diese Defizitregelungen sind. Sie und die »schwarze Null« im Grundgesetz gehören abgeschafft. Eine Rückkehr dazu würde einen großen Teil der Macht an die Finanzmärkte ausliefern. Der Staat würde seine fiskalische Handlungsfähigkeit weitgehend verlieren. So war es vor und in der Finanzmarktkrise, die zur Eurokrise wurde, in der die Finanzmärkte mit den Eurostaaten Pingpong spielten. Erst der damalige Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi nahm den Finanzmärkten mit seinem inzwischen berühmten Ausspruch »whatever it takes« (was immer es kostet) ihr Spielzeug weg. Denn nun war genug Geld da, um allen Euro-Staaten aus der Krise zu helfen. Die Ratingagenturen verloren ihren Einfluss. So korrigierte der EZB-Präsident, ohne dazu befugt zu sein, die Defizitregeln des Europäischen Vertrages.

Investitionen können über Kredite finanziert werden. Sie müssen erst später getilgt werden. Dafür braucht es keine höheren Einnahmen durch Steuererhöhungen. Nächste Generationen erben nicht nur die Schulden, sondern auch die gesamte Infrastruktur, die wir mit Schulden bezahlt haben. Um sinnvolle Investitionen zu tätigen, braucht es also keine Steuererhöhungen.



Foto: David Firle / attac.de

Diese Auffassung vertreten linke Ökonom*innen wie Rudolf Hickel, Albrecht Müller, Friederike Spieker, Jens Berger, Heiner Flassbeck, Achim Truger, Peter Bofinger und viele andere schon sehr lange. Die Politik aber richtet sich nach der von den Mainstream-Ökonom*innen vertretenen Ideologie der berühmten »schwäbischen Hausfrau«, wonach Schulden schlecht sind und deswegen am besten gar nicht aufgenommen werden sollen. Der Staat solle am besten gar nicht investieren, sondern nur günstige Rahmenbedingungen für private Investitionen schaffen und alles Übrige dem Markt überlassen.

Neuerdings finden progressive ökonomische Auffassungen immer weitere Verbreitung. DGB-Chef Reinhard Hoffmann hat in einem Aufsatz in der Frankfurter Rundschau zusammen mit Robert Habeck geschrieben, der Staat brauche für die notwendigen öffentlichen Investitionen keine Steuererhöhungen. Das stimmt. Nur leider haben die beiden vergessen, dass es für andere Ausgaben dringend höhere Steuern braucht.

Für Investitionen und zur Finanzierung der hohen Ausgaben des Staates in der Corona-Krise brauchen wir keine Steuern. Sie werden über Kredite finanziert. Höhere Steuern für

Spitzenverdiener*innen, eine Vermögenssteuer, eine höhere Erbschaftssteuer und eine Vermögensabgabe brauchen wir dagegen für die konsumtiven Ausgaben, für mehr Lehrer*innen, für mehr Krankenpfleger*innen, für mehr Sozialarbeiter*innen und ihre bessere Bezahlung, für bessere Bildung und Ausbildung, für die laufenden Ausgaben der Kommunen, Landkreise und Bundesländer.

Und vor allem brauchen wir diese Steuern für eine längst überfällige Umverteilung des Reichtums unserer Gesellschaft, der sich bei den Reichen ansammelt und sie noch reicher macht. Auch während der Krise sind die Vermögen der Millionär*innen und Milliardär*innen angewachsen, während die Armut der unteren 50 Prozent der Bevölkerung zugenommen hat. Dafür brauchen wir die höhere und effektive Besteuerung der Reichen. Den Milliardär*innen und Multimillionär*innen nehmen und das Genommene verwenden für den Ausbau des Sozialstaates, für ein gutes Leben für alle: Das ist das Prinzip einer von Attac formulierten gerechten Steuerpolitik (siehe auch link.attac.de/steuern-positionen).

Detlev von Larcher, Attac-AG Finanzmärkte und Steuern

Attac unterstützt Bundestagspetition

Mensch vor Profit: Für eine Pflege in Würde



Foto: Stephanie Handtmann

Am 14. Januar ging eine von dem Stern-Reporter Bernhard Albrecht initiierte Bundestagspetition online, die eine »Gesundheitsreform für eine bessere Pflege zum Schutz der Pflegebedürftigen« fordert. Innerhalb von 28 Tagen muss eine solche Petition 50.000 Mitzeichner*innen gewinnen, damit es im Bundestag eine öffentliche Anhörung gibt. Das war in diesem Fall schon nach einem Tag erreicht, als es über 60.000 Unterschriften gab. Bei Drucklegung dieses Rundbriefes waren es bereits mehr als 180.000.

Die Petition setzt sich ein für bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. Dazu fordert sie im Einzelnen:

1. Mehr Zeit für Patient*innen: Verlässliche Arbeitszeiten. Entlastung von Bürokratie. Personalschlüssel nach echtem Bedarf. Sofortiges Handeln bei Unterbesetzung.
2. Aufwertung des Berufsbildes: Höhere Gehälter, Zulagen und Entlohnung von Weiterqualifizierung. Mehr Entscheidungsmöglichkeiten an Patient*innen. Bessere Karrierechancen.
3. Konsequente Abkehr von Profitdenken und ökonomischen Fehlreizen durch eine Gesundheitsreform.

Attac vertritt ähnliche Forderungen seit langem und hat im Kontakt mit Bernhard Albrecht die Initiative von Anfang an mitgetragen. In der Begründung der Petition wird darauf hingewiesen, dass »der hohe ökonomische Druck und das Abrechnungssystem nach »Fallpauschalen« in den Kliniken eine Situation schaffen, die nur auf Gewinn ausgerichtet ist: »Mehr »Fälle« bedeuten mehr Geld.«

Die Fallpauschalen (Diagnosis Related Groups – DRGs) geraten in jüngster Zeit zurecht immer mehr in Verruf. Vereinfacht gesagt werden bei Fallpauschalen Durchschnittskosten für die Behandlung bestimmter Diagnosen festgelegt. Das schafft Anreize, zum einen diese Margen zu unterschreiten, zum anderen die Fallzahlen zu steigern und sie auch kürzester Zeit »abzuarbeiten«. Bei ihrer Einführung im Jahr 2003 wurde das damit begründet, dass so die Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser gesteigert werden solle. Tatsächlich trat ein, was Attac schon in der Kampagne »Gesundheit ist keine Ware« im Jahr 2002 vorausgesagt hatte: Das Krankenhaussystem wurde teurer, weil Gewinne daraus abgezogen wurden, und sowohl die Arbeitssituation der Beschäftigten wie die Behandlung der Patient*innen verschlechterte sich. Über-, Unter- und Fehlversorgung wurden Alltag.

Trotzdem blieben wir jahrelang ziemlich einstimig mit unserer Kritik an den Fallpauschalen. Seit einigen Jahren leistet das Bündnis »Krankenhaus statt Fabrik«, an dessen Zustandekommen wir intensiv mitgearbeitet haben, wertvolle Aufklärungsarbeit, die inzwischen Früchte trägt. Die Broschüre des Bündnisses zum Thema erscheint mittlerweile bereits in fünfter Auflage und wird online viel abgerufen. Im September 2019 hatte der Stern schon einmal einen Ärzteappell gegen den »pauschalengerechten Patienten« veröffentlicht, dem sich mehr als 2800 Ärztinnen und Ärzte anschlossen. Inzwischen fordern auch Vertreter*innen der Ärzteschaft, der Deutschen Krankenhausgesellschaft und der Wissenschaft das Ende der Fallpauschalen. Das ist ein Erfolg, an dem Attac maßgeblichen Anteil hat.

Wir werden im Laufe des Jahres das Thema weiterverfolgen. Aktuell schlagen zum Beispiel die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Bremen die dauerhafte Herausnahme der Kinder- und Jugendmedizin sowie der Kinderchirurgie aus dem Fallpauschalensystem vor. Das wäre nach der Herausnahme der Pflege die nächste große Bresche, die dort geschlagen würde, und wir werden uns stark dafür einsetzen, dass es dazu kommt. Die komplette Abschaffung des DRG-Systems ist überfällig. Das weist auch der Pflegewissenschaftler Michael Simon in einer umfassenden Studie für die Hans-Böckler-Stiftung im Detail nach.

Anstelle der Fallpauschalen ist ein Finanzierungssystem für die Krankenhäuser notwendig, das die tatsächlichen Kosten abdeckt und das die Entnahme von Gewinnen verbietet. Sollten überhaupt Gewinne anfallen, was man als Ziel eines Krankenhauses aus guten Gründen ablehnen kann, dann müssen diese ins Gesundheitssystem zurück investiert werden. Wirtschaftliches Arbeiten der Häuser sollte über geeignete gesetzliche Vorgaben und Budgetkontrollen sichergestellt werden. In diesem Sinne wird von uns in den nächsten Monaten noch öfter zu hören sein.

Dagmar Paternoga und Werner Rätz,
Attac-AG Soziale Sicherungssysteme

Mehr zur Petition:

link.attac.de/petition-pflege

Link zur Broschüre »Krankenhaus statt Fabrik«:
krankenhaus-statt-fabrik.de/196

Link zur Studie von Michael Simon:

boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_196_2020.pdf

Covid-19-Impfstoff

Erwartbare Spaltungen und spaltende Erwartungen

Das Lobbyforum »transgen« jubelt: »Wenn es der Gesundheit nützt, scheint Gentechnik selbstverständlich.« Zumindest bei der Impfstoffentwicklung gegen SARS-CoV-2 scheint das zuzutreffen. Alle erfolgversprechenden oder schon zugelassenen Impfstoffe verwenden gentechnische Methoden.

Begründet wird das damit, dass so schnellere Erfolge zu erzielen seien und damit angesichts des Pandemiedrucks keine Alternative bestehe. Für Menschen, die den Schutz einer Impfung in Anspruch nehmen wollen, besteht also tatsächlich keine Alternative.

Dabei ist vieles zu Zusammenhängen und Wechselwirkungen offen. Konkret bei den heute schon zugelassenen Impfstoffen gegen Covid-19 geht es um sehr gravierende Fragen. Da noch nie mit der neuen Produktionsmethode von mRNA-Impfstoffen gearbeitet wurde, weiß man nichts über lang-, ja nicht einmal über mittelfristige Wirkungen: Wie lange schützt die Impfung? Sind Geimpfte ansteckend? Welche Nebenwirkungen treten erst spät auf? Was passiert bei massenhafter Anwendung? Angesichts dieser Unklarheiten kann man die laufende Impfung nur als ein Massenexperiment mit Hunderten von Millionen Versuchsteilnehmer*innen ansehen.

Das Vorsorgeprinzip würde verlangen, dass, wo wir nicht wissen, ob es nicht schädlich ist, wir uns mehr Zeit nähmen. Aber das wäre zu einfach. Covid-19 ist eine tödliche Bedrohung und die Impfung eine reale Hoffnung, die ebenfalls Hunderte von Millionen Menschen teilen. Und genau das macht es möglich, dass die Hoffnungen auf gigantische finanzielle Gewinne sich hieran festmachen. Der Wert der Firmen, die an Impfstoffen arbeiten, schießt durch die Decke.

Das hatte vor Jahren schon der Wissenschaftler Kaushik Sunder Rajan beschrieben. Biotechnologie- und Pharmafirmen machen menschliche Hoffnungen schon zu Geld, ehe sie auch nur ansatzweise wissen, ob sie sie je befriedigen können. So werden menschliche Bedürfnisse den Mechanismen des globalisierten Kapitalismus nicht nur untergeordnet, sie werden zu seinem Rohmaterial. Nicht mehr das, was nachweislich zu besserer Gesundheit beiträgt, ist wichtig, wird erforscht und umgesetzt, sondern was Gewinn verspricht. Die Weltgesundheitsorganisation wird immer mehr auf Impfkampagnen statt auf die Schaffung gesunder Lebensverhältnisse ausgerichtet.



Foto: Stephanie Handtmann

Schon im Frühjahr 2020 erhielten Medikamente Zulassungen, die gar nicht für Covid-19 getestet waren. Schon vor dem Ende der Testphasen begannen Biontech und andere Firmen mit der Produktion, in Russland und China wurden zu diesem Zeitpunkt schon Zulassungen erteilt und weltweit Kaufverträge abgeschlossen. Selbstverständlich geht es dabei wesentlich um internationale Konkurrenz, nationale Profilierung und Profit, weniger um Heilungshoffnungen. Aber an beides schließen sich auch ganz individuelle Freiheitsinteressen an: Wenn ich geimpft bin, dann darf ich wieder...

Hier werden Spaltungen sichtbar, die nicht nur zwischen Oben und Unten verlaufen, auch wenn die Pandemie und die Maßnahmen dagegen deutlich zeigen und weiter verstärken, wer gewinnt und wer verliert. Die nach eigener Einschätzung von Biontech und Moderna 2021 produzierbaren Impfstoffmengen sind schon komplett an die USA, die EU und einige reiche Länder verkauft oder optional zugesagt. Die armen Länder könnten leer ausgehen, auch wenn offenbleibt, ob für sie Kaufoptionen in Russland, China, Indien, Kuba oder anderen Ländern bestehen.

Für diese Spaltung ist wesentlich das Patentsystem verantwortlich, das die Privatisierung von lebensnotwendigen Medikamenten erlaubt. Auch innergesellschaftlich werden Spaltungen reproduziert. Arme werden von

den Krisenmaßnahmen stärker betroffen, Menschen in Massenunterkünften vom Virus eher befallen, Obdachlose, Minderheiten, Gefangene später geimpft, und sie alle haben viel mehr tödliche Verläufe der Krankheit als der gesellschaftliche Durchschnitt. Doch es formiert sich auch Widerstand. In der Welthandelsorganisation (WTO) beantragten Indien und Südafrika angesichts der Pandemie Ausnahmeregelung vom TRIPS-Abkommen zu geistigem Eigentum. Attac setzt sich mit anderen Organisationen für die Aufhebung des Patentschutzes auf alle unentbehrlichen Medikamente ein.

Man kann auch angesichts dieses vernichtenden Befundes nicht einfach das Ende der Impfungen fordern. Was aber sein muss, ist eine Abkehr von der Impfung als einziger und rein auf technologische Entwicklung gestützter Weg aus der Pandemie. Die sozialen Determinanten von Gesundheit sind nach wie vor ausschlaggebend und von Attac immer völlig zu Recht in den Vordergrund gestellt wurden.

Dagmar Paternoga ist Psychotherapeutin und war Projektleiterin in der Psychiatrie der LVR-Klinik Bonn. **Werner Rätz** ist engagiert im Bonner AK gegen Gentechnologie und Mitglied im Attac-Koordinierungskreis. Beide sind aktiv in der Attac-AG Soziale Sicherungssysteme.

A49-Protest im Dannenröder Wald

Das war erst der Anfang!



Foto: attac.de

Anfang Dezember fällt krachend der letzte Baum auf der Schneise im Dannenröder Wald für den Ausbau der A49. Nach über 40 Jahren Widerstand von Bürger*innen, nach über einem Jahr Besetzung, nach über zwei Monaten Rodungssaison zieht sich jetzt die klaffende Schneise wie eine riesige Wunde durch den Wald – dort, wo in wenigen Jahren Autos in Höchstgeschwindigkeit hindurchrasen sollen. Doch ist damit auch der Protest zu Ende? Auf keinen Fall!

Was mit dem Protest für den Erhalt des »Danni« und gegen die A49 entstanden ist, ist einzigartig und zeigt uns, wie stark die Klimagerechtigkeitsbewegung sein kann. Neben der unglaublichen Zusammenarbeit mit den Bürger*innen vor Ort haben wir bundesweit Solidarität erfahren. Auch die um den Protest entstandenen Bündnisse stehen gerade erst am Anfang, verschiedene Gruppen wie Attac, Fridays for Future, Ende Gelände, Sand im Getriebe oder Robin Wood haben sich zusammengefunden und zeigen, was für eine Stärke sich aus dieser Zusammenarbeit ent-

wickeln kann – gemeinsam für Klimagerechtigkeit und eine sozial-ökologische (Verkehrs-) Wende.

Durch die Proteste im »Danni« erreichte das Thema Verkehrswende immer mehr Aufmerksamkeit: In der Klimagerechtigkeitsbewegung, in der Politik, aber auch bei Bürger*innen rückte die Frage nach (klima-)gerechter Mobilität an diesem Kristallisationspunkt in den Fokus. Es ist klar: Es geht nicht nur um die Wälder, die für die A49 fallen mussten, es geht um alle neuen Autobahnen, die nach dem Bundesverkehrswegeplan noch gebaut werden sollen. Es geht auch um Mobilitätsgerechtigkeit, um das Nicht-Handeln der Politik hinsichtlich der selbst gesetzten Klimaziele, es geht um globale Gerechtigkeit und die weltweiten Folgen unseres zerstörerischen Verkehrssystems, es geht um die Frage nach einer lebenswerten Zukunft für alle. Dafür haben wir im »Danni« gemeinsam eingestanden und werden es dort und überall auch weiterhin tun! Weitere 850 Kilometer geplante Autobahn bedeuten weitere 850 Kilometer Widerstand; der Protest

hat mit dem Kampf um den Dannenröder Wald gerade erst begonnen!

Dass die Proteste mehr als eine lokale Angelegenheit sind, zeigt sich auch darin, dass der Widerstand gegen neue Autobahnen bundesweit größer wird. In Berlin soll die A100 ausgebaut werden, in Kiel die B404 zur A21, bei Halle soll die A143 weiter gebaut werden sowie bei Kassel die A44. Bei all diesen Beispielen, es gibt noch viele mehr, gibt es teilweise seit Jahren aktive Proteste, die sich jetzt noch einmal intensivieren. Im »Danni« hat sich gezeigt, was möglich ist. Die Hoffnung und die Solidarität der Proteste müssen jetzt weitergetragen werden.

Wenn wir die Schneise durch den Dannenröder Wald sehen, dann müssen wir uns fragen: Welche Mobilität brauchen wir in Zukunft wirklich? Weitere Autobahnen können nicht die Antwort sein, denn diese sind nicht nur ökologisch, sondern auch in Hinblick auf die Frage nach sozial gerechter Mobilität ein Desaster. Wir müssen neue Lösungen finden: den Bundesverkehrswegeplan neugestalten, den ÖPNV und das Schienennetz flächendeckend ausbauen, öffentlichen Verkehr enger takten, mehr Raum für Fuß- und Radverkehr schaffen. Und nicht nur müssen wir diese Lösungen finden, wir müssen endlich damit anfangen, sie aktiv umzusetzen. Wir können nicht warten, bis weitere wertvolle Wälder gerodet sind und das 1,5-Grad-Ziel schon längst nicht mehr einhaltbar ist.

Nicht nur durch die sich verstärkenden Proteste gegen neue Autobahnen wird das Thema Verkehrswende immer relevanter. Auch die anstehende Bundestagswahl bietet eine Chance, Klimagerechtigkeit und die dazugehörige Mobilitätswende in den Fokus zu setzen. Wir brauchen endlich echtes Handeln, keine leeren Worte mehr, keine angeblichen Ambitionen für Klimaschutz, die nach der Wahl schnell vergessen sind. Das können wir gemeinsam bei zahlreichen Protesten deutlich machen!

Egal, ob an Orten der Zerstörung wie im »Danni«, in den Städten, an Orten der Politik, an Orten der Inszenierung von Automacht wie der Internationalen Automobilausstellung in München oder auch an Orten der Produktion – wir werden demonstrieren, streiken, besetzen und ungehorsam sein. Lasst uns das Jahr 2021 zum Protestjahr für die Verkehrswende machen!

Charlie, Attac-Aktivistin



»Cut the money pipeline«, Foto: Philip Eichler



A49-Protest: Aktion am Hessischen Landtag, Foto: Philip Eichler

Rückblick

29. Oktober 2020

Cut the money pipeline: Aktion für ökologische Geldpolitik der EZB

Zum Jahrestag des Amtsantritts von Christine Lagarde als EZB-Präsidentin verleihen Attac-Aktivist*innen mit einer Aktion ihrer Forderung nach einer ökologischen Ausrichtung der europäischen Geldpolitik Nachdruck. »Cut the money pipeline – kein Geld für Fossile!« lautet das Motto. Die EZB darf nur noch von Anleihen von Unternehmen kaufen, die sozial gerecht und ökologisch wirtschaften und so dazu beitragen, die Pariser Klimaziele zu erreichen.

29. Oktober 2020

Faktensammlung »EU-Mercosur: Voran in die (Klima-)Krise« erscheint

Das EU-Mercosur-Abkommen droht nicht nur das Klima weiter zu gefährden, sondern wird auch Industriearbeitsplätze und regionale Wertschöpfungsketten in den Mercosur-Ländern vernichten. Das ist das Ergebnis der Faktensammlung »EU-Mercosur – Voran in die (Klima-)Krise«, die Powershift gemeinsam mit Attac und anderen Organisationen erstellt hat.

28. Oktober 2020

A49-Protest, die erste: Gefälschte Grünen-Plakate aufgehängt

Aktivist*innen von Attac und dem Künstler*innen-Kollektiv »Dies Irae« hängen in hessischen Städten gefälschte Grünen-Plakate auf. Mit der viel beachteten Adbusting-Aktion protestieren sie gegen die geplante Rodung des Dannenröder Waldes und den Ausbau der A49 in Hessen, der von den Grünen in der Landesregierung mitgetragen wird. Die Plakate zeigen Szenen aus dem besetzten Dannenröder Wald, darunter auch Polizeigewalt.

28. Oktober 2020

A49-Protest, die zweite: Protestaktion am Hessischen Landtag

Vor dem Hessischen Landtag erinnern Attac-Aktive die Grünen an ihre Verantwortung. Zu sehen sind Polizist*innen, auf deren Uniformen Logos der Grünen prangen und die mit Kettensägen gegen waldschützende Demonstrant*innen vorgehen.

2. November 2020

Gemeinnützigkeit: Bündnis stellt Forderungskatalog vor

Zusammen mit zwölf Organisationen stellt Attac einen Forderungskatalog zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts vor. Die Abgabenordnung und der Anwendungserlass müssen dringend nachgebessert werden, damit sich gemeinnützige Vereine auch politisch für ihre Themen einsetzen können.

18. November 2020

Attac-Bildungsmaterial zu Klimaneutralität und sozialer Gerechtigkeit

Attac veröffentlicht ein neues Bildungsmaterial mit dem Titel »Klimaneutral und sozial gerecht. Wege in die Gesellschaft der Zukunft«. Die hochaktuelle Sammlung von Arbeitsblättern wurde für den Schulunterricht (Sekundarstufe I und II) und die außerschulische Bildung konzipiert.

19. November 2020

Paypal, Libra & Alipay: Neuer Attac-Basistext zu digitalem Bargeld

Geld ist ein öffentliches Gut. Seinen Nutzen eignen sich zum allergrößten Teil jedoch private Akteure an. Neben Banken sind dies mehr und mehr die großen digitalen Plattformunternehmen wie Google, Facebook, Apple, WeChat oder Alipay aus China. Der neue Attac-Basistext »Das Geld gehört und allen!« zeigt:



Trauer um Peter Grottian

Attac trauert um Peter Grottian. Er war langjähriges Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Peter Grottian war ein unermüdlicher Kämpfer gegen verkrustete Machtstrukturen und ein glaubwürdiger Vertreter zivilen Ungehorsams in sozialen Bewegungen. Mit ungewöhnlicher Ausdauer und Energie initiierte er zahlreiche zivilgesellschaftliche Aktionen. Mit Kritik an Mitstreiter*innen hielt er sich dabei nie zurück, mahnte uns stets, nicht nachzulassen. Peter Grottian starb am 28. Oktober im Alter von 78 Jahren. Er wird fehlen.

Eine demokratisch kontrollierte Alternative ist möglich.

21. November 2020

Studie zu Steuermisbrauch: Jährlich 427 Milliarden Dollar Verlust

Weltweit verlieren Länder jedes Jahr mehr als 400 Milliarden Dollar an Steuereinnahmen durch internationale Unternehmenssteuer-



Widerstand gegen Braunkohletagebau, Foto: Herbert Sauerwein



Neues Erklärvideo zu Digitalgeld – attac.de/videos

meidung und Steuerhinterziehung. Das Tax Justice Network, in dem Attac mitarbeitet, veröffentlicht zusammen mit Partnern den State of Tax Justice Report. Dieser zeigt: Die armen Länder verlieren am stärksten, die reichen Länder sind für den Großteil des Problems verantwortlich.

23. November 2020

Braunkohletagebau Garzweiler: Brennpunkt des Widerstands

Aktivist*innen im rheinischen Braunkohle-Revier versuchen, die weitere Zerstörung von Dörfern zu verhindern. Das Dorf Lützerath und andere am Braunkohle-Tagebau Garzweiler von der Abaggerung bedrohte Dörfer sind ein Brennpunkt des Widerstands gegen die Klimakatastrophe. Attac ruft dazu auf, die Proteste zu unterstützen.

27./28. November 2020

Kauf-Nix-Tag: Gutes Leben für alle statt Konsumrausch

Die vorweihnachtliche Konsumschlacht kommt mit dem Black Friday zu ihrem Höhepunkt. Am ersten Adventswochenende setzen Gruppen weltweit den provokanten Gegenpunkt: bewusster Konsumverzicht, Kauf-Nix-Tag statt Black Friday. Auch Attac ruft dazu auf, 24 Stunden auf Konsum zu verzichten.

5. Dezember 2020

Aktionstag für »Abrüstung und eine neue Entspannungspolitik«

Attac-Aktivist*innen beteiligen sich am Aktionstag für »Abrüstung und eine neue Entspannungspolitik«, zu dem die Initiative »Abrüsten statt Aufrüsten« aufruft. Die Rückkehr zum Menschen- und Völkerrecht ohne militärische Interventionen ist auch eine zentrale Voraussetzung für die weitere globale Bekämpfung von Pandemien.

12. Dezember 2020

Ob Libra oder Diem: Privates Facebook-Geld verbieten!

Attac fordert, dem privaten Facebook-Geld Diem keine Zulassung zu erteilen. Die Einführung eines privaten Weltgeldes durch Facebook und Co. wäre ein weiterer Schritt zur völligen Privatisierung des Geldes und würde zu noch höheren Risiken im Finanzsystem führen. Presseberichten zufolge könnte Diem 2021 von der Schweizer Währungsbehörde zugelassen werden.

16. Dezember 2020

Erfolg der Friedensbewegung in der Drohnendebatte

Die SPD-Bundestagsfraktion vertagt die Entscheidung über die Anschaffung bewaffneter Drohnen. Das ist ein großer Erfolg der Friedensbewegung. Mit zahlreichen Aktionen haben sich Aktivist*innen – darunter viele Attac-Aktive – gegen die geplante Bewaffnung von Bundeswehdrohnen engagiert.

6. Januar 2021

Appell: Endlich für mehr Personal in den Kliniken sorgen!

Attac fordert unverzügliche Maßnahmen zur Verbesserung der Pflege: Bundesweit müssen schnell mindestens 50.000 Vollzeitstellen geschaffen werden, Pflegekräfte müssen 500 Euro mehr Gehalt im Monat erhalten.

15. Januar 2021

Bundestagspetition »Mensch vor Profit: Für eine Pflege in Würde« startet

Attac unterstützt die von der Zeitschrift Stern initiierte Bundestagspetition für bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte und ruft dazu auf, sie zu unterzeichnen. Die Petition fordert mehr Zeit für Patient*innen, die Aufwertung des Berufsbildes durch höhere

Gehälter sowie bessere Karrierechancen. Nötig ist die konsequente Abkehr von Profitdenken und ökonomischen Fehlanreizen durch eine Gesundheitsreform.

22. Januar 2021

Broschüre »Global – regional – alles egal?« zeigt Wege aus der Krise

Gemeinsam mit Powershift, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und anderen veröffentlicht Attac das Factsheet »Global – regional – alles egal?«. Die Broschüre stellt anhand von Milch und Milchprodukten exemplarisch dar, wie eine solidarische Regionalisierung aussehen kann.

24. Januar 2021

A49-Protest bei Parteitag der Grünen

Attac-Aktivist*innen protestieren bei der Landesmitgliederversammlung der hessischen Grünen in Frankfurt gegen den Weiterbau der Autobahn A49 und die Rodung mehrerer Wälder. Sie empfangen die Delegierten mit lauten Motorsäengeräuschen und einem großen Banner mit der Aufschrift »Grüne Politik, schwarze Aussichten für das Klima!«.

29. Januar 2021

Geld – Welches Geld? Attac diskutiert mit EZB-Generaldirektor

Wie steht es um unser Geld? Wie wollen wir bezahlen und bezahlt werden? Soll die Geldschöpfung in öffentlicher Hand liegen? Was bedeuten Globalisierung und Digitalisierung für das Geld? Darüber diskutieren Finanzexpert*innen von Attac und der EZB, aus der Politik und Gewerkschaften bei einer Online-Debatte, zu der Attac eingeladen hat. (Termin nach Redaktionsschluss)

Termine unter: attac.de/veranstaltungen

Die Plattform

Größter Corona-Gewinner heißt Amazon

Im November 2020 eröffnete Margrethe Vestager, die Wettbewerbskommissarin der Europäischen Union, ein Verfahren von historischer Dimension. Der Firma Amazon wird vorgeworfen, ihre Wirtschaftsmacht als größtes Online-Handelshaus der Welt systematisch zu missbrauchen. Worum geht es?

Auftrieb bekommen hat dieses Verfahren durch das Corona-Virus. Denn Amazon ist der Gewinner Nummer eins der Corona-Krise. Während weltweit Millionen von Einzelhändler*innen vor dem Konkurs stehen, ist der Umsatz von Amazon 2020 um mehr als 40 Prozent gestiegen, die Zahl der Beschäftigten wuchs sogar um 51 Prozent.

Der Gewinn hat sich in einem Jahr fast verdreifacht. Um sich die Dimension dieses Giganten einmal vor Augen zu führen: VW, der größte Autokonzern der Welt, beschäftigt 670.000 Menschen, die einen Umsatz von 250 Milliarden Euro erwirtschaften. Amazon beschäftigt nun 1,2 Millionen Mitarbeiter*innen, die 2020 einen Umsatz von 400 Milliarden Dollar erwirtschaftet haben.



Foto: Christa Leibing

The winner takes it all

Der kanadische Ökonom Nick Srnicek hat darüber ein grundlegendes Buch geschrieben: »Plattform-Kapitalismus«. Dort definiert er Amazon als eine Plattform, ein Internet-Angebot, dessen zentrale Aufgabe darin besteht, Daten über seine Benutzer zu sammeln. Man spricht dann von »Big Data«. Je mehr Daten, desto mehr weiß die Plattform über ihre Nutzer: was sie mögen und was sie hassen, was sie denken und was sie fühlen, wie sie wählen und was sie kaufen und vieles mehr.

Ein anderer Vordenker der Internet-Ökonomie ist Jaron Lanier. Er nennt die Plattformen Sirenen-Server – weil sie wie die Sirenen der griechischen Mythologie Menschen anlocken, von sich abhängig machen und ins Verderben führen. Er kommt zu dem Ergebnis: Die Ökonomie der Netze bevorteilt systematisch die Großen gegenüber den Kleinen. Gewinner ist, wer mehr Daten sammelt und mehr intelligente Algorithmen hat, um die Daten zu analysieren. Das führt zu einem »Star-System« auf dem Markt: Nur sehr wenige verdienen etwas damit – und nur einige wenige Stars werden superreich. Es gibt nicht mehr eine Wirtschaft von vielen kleinen Geschäften, Handwerkern, Start-Ups und so weiter, sondern bei jeder Anwendung, jedem Geschäft bleibt am Schluss nur einer übrig: »The

winner takes it all«. Alle anderen Millionen App-Entwickler*innen, Händler*innen, Musiker*innen und so weiter bleiben auf der Strecke.

Vor 20 Jahren waren die größten Konzerne der Welt noch Erdöl-Konzerne, Auto-Konzerne, Pharma-Konzerne und Megabanken. Heute heißen die fünf größten Konzerne der Welt Amazon, Apple, Alpha (Mutter von Google), Microsoft und Facebook. Dazu kommen noch ihre chinesischen Pendanten wie Alibaba (Handel), Baidu (Suchmaschine) oder Tencent (Social Media).

Lanier hält das »Star-System« für eine Gefahr für die Demokratie. Es zerstört die alten »Dämme« des Sozialstaats wie Sozialgesetze, Gewerkschaften, progressive Steuern, Umweltgesetze und viele andere Regulierungen.

Was macht Amazon?

Zurück zu Amazon: Angefangen hat Jeff Bezos, Gründer und Chef von Amazon, mit dem Online Buchhandel. Neben dem Produktvertrieb, der sich auf immer mehr Branchen ausgeweitet hat, bietet Amazon heute eine Plattform für hunderttausende kleiner Firmen, die Amazon zur Vermarktung ihrer Produkte nutzen und dafür bis zu 45 Prozent ihrer Einnahmen an Amazon abliefern müssen.

Der wichtigste Unternehmensbereich ist der Amazon Web Service (AWS) als weltweit größter Cloudanbieter mit 45 Prozent Marktanteil und riesigen Rechenzentren in der ganzen Welt. AWS hat auch eine eigene Programmierplattform, mit der Kunden aus allen Wirtschaftsbereichen und so weiter, das Amazon-Know-how nutzen können, um ihr eigenes Internet-Geschäft aufzubauen. Neuerdings steigt AWS nun auch noch selbst in das Software- und Hardwaregeschäft ein.

Nun versteht man auch, was Vestager Amazon vorwirft: Amazon wertet die Geschäftsdaten seiner Händler-Kunden systematisch aus. Immer, wenn ein Geschäft richtig gut läuft, übernimmt Amazon den Handel selbst. Macht die betroffene Firma nicht mit, dann steigt Amazon selbst mit Dumping-Preisen in den Markt ein, bis die Firma aufgibt.

Grundsätzliche Kritik an Amazon

Es gibt viele Vorwürfe gegen Amazon. Die Mitarbeiter werden schlecht bezahlt, die Gewerkschaften werden behindert, Amazon kümmert sich nicht um die Umwelt und vieles mehr. Umstritten ist auch »Mechanical Turk« – eine Arbeitsvermittlung von Kleinstaufträgen im

Internet, auf der sich Millionen Menschen oft zu miserabelsten Vergütungen etwas dazuverdienen und so zu lebenden Teilen eines Computersystems werden.

Immer wieder wurden auch systematische Methoden der Steuervermeidung bekannt, weil Amazon Gewinne in Steueroasen transferiert. Das berühmteste Modell, durch das Amazon über mehr als ein Jahrzehnt in der EU steuerfrei operierte, hatte den schönen Namen »Double Irish with a Dutch Sandwich« – weil das Geld mehrfach zwischen Irland und den Niederlanden hin- und hergeschoben wurde, um Gesetzeslücken zu nutzen. Im Skandal »Luxemburg-Leaks« wurde das System dann bekannt und von der EU endlich verboten. Aber Amazon macht weiter. 2018 hat Amazon in den USA bei einem Gewinn von 11,2 Milliarden Dollar überhaupt keine Steuern bezahlt.

Was ist zu tun?

Die Demokratie muss die Herausforderung durch die Plattformen annehmen! Plattfor-

men müssen per se als Problem begriffen werden und reguliert werden.

Das Anti-Trust-Verfahren der EU ist sicherlich ein wichtiger Schritt. Es drohen Strafen in zweistelliger Milliarden-Höhe – selbst der Börsenkurs von Amazon brach infolge des Verfahrens deutlich ein. Aber am »Star-System« wird sich dadurch nichts ändern.

Notwendig ist eine konsequente Steuerpolitik, die die Steuervermeidung verhindert. Indien hat bei den Verhandlungen in der OECD gefordert, dass nicht mehr nur Betriebsstätten besteuert werden (die man bei Internetkonzernen praktisch nie lokalisieren kann), sondern auch Umsätze und die User Grundlage für die Besteuerung werden. Frankreich hat eine Digitalsteuer eingeführt.

Es muss auch über eine Zerschlagung von Plattformen und Trennung der Geschäftsbereiche nachgedacht werden. Vorbild könnten die beiden historischen Anti-Trust-Verfahren in den USA sein: Dort wurde der Superkonzern Standard Oil vor dem Ersten Weltkrieg

in 34 Unternehmen und der Kommunikationskonzern AT&T 1974 in sieben Unternehmen zerlegt.

Der Vordenker Lanier denkt in eine andere Richtung. Er fordert, dass die User bezahlt werden, da sie die Quelle der Daten und des Reichtums sind – je größer die Plattform, desto mehr muss sie bezahlen.

Diese Forderungsliste ist nicht vollständig, denn die Debatte hat erst begonnen. Auch Vergesellschaftung, nicht Verstaatlichung, der großen Plattformen ist eine positive Perspektive! Als öffentliche Einrichtung könnten sie durch zivilgesellschaftliche Verbände kontrolliert werden.

Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie muss sichergestellt werden, dass diejenigen, die an der Krise kräftig verdienen, ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und angemessen zur Begleichung der Krisenkosten zur Kasse gebeten werden!

Karl-Martin Hentschel, Attac-AG Finanzmärkte und Steuern

Gemeinnützigkeit

Attac reicht Verfassungsbeschwerde ein

Die juristische Auseinandersetzung um die Gemeinnützigkeit von Attac geht in die letzte Runde: Der Bundesfinanzhof (BFH) hat die von Attac eingereichte Revision gegen das Urteil des Hessischen Finanzgerichts vom Februar 2020 zurückgewiesen. Leider hat der BFH damit die Gelegenheit versäumt, sein Urteil vom Februar 2019, in dem er das für Attac positive Urteil der ersten Instanz aufgehoben, einer kritischen Prüfung zu unterziehen. In diesem auch in der juristischen Fachwelt kritisierten Urteil steckte der BFH den Rahmen für politisches Engagement von gemeinnützigen Organisationen insbesondere in Bezug auf politische Bildungsarbeit deutlich enger als die bisherige Rechtsprechung. Die Richter*innen der ersten Instanz mussten

daraufhin erneut urteilen und der restriktiven Auslegung des BFH folgen. Ihnen blieb nichts anderes übrig, als die Klage von Attac abzuweisen – gegen ihre eigene Überzeugung. So kritisierte der Vorsitzende Richter in Kassel, das Urteil des BFH sei »mit heißer Nadel gestrickt«.

Auf politischer Ebene hat der Gesetzgeber es versäumt, dringend nötige Klarstellungen zur Gemeinnützigkeit ins Gesetz zu schreiben: Zwar wurden im Dezember 2020 einige zusätzliche gemeinnützige Zwecke in den Katalog aufgenommen – es wurde jedoch nicht formuliert, dass die Zweckverfolgung auch mit politischen Mitteln erlaubt sein muss. Vereine wie Attac, die ihre Zwecke bei-

spielsweise mit Demonstrationen oder mit Forderungen an die Regierung verfolgen, schauen weiterhin in die Röhre. Der Gesetzgeber missachtet damit weiterhin den Stellenwert von zivilgesellschaftlichem Engagement in einer modernen Demokratie und lässt ein zeitgemäßes Verständnis von politischer Bildung vermissen. Das ist fatal in Zeiten, in denen die Demokratie von rechts bedroht wird wie lange nicht mehr.

Mit der Zurückweisung der Revision durch den BFH ist der Rechtsweg ausgeschöpft. Attac wird nun in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde einreichen, denn die Auseinandersetzung um die Gemeinnützigkeit hat für die gesamte Zivilgesellschaft große Bedeutung.

Menschen in Attac

Noch gibt es da keine Autobahn!



Foto: attac.de

Aaron Gerdes, 20, studiert Jura in Bayreuth. Davor hat er die Noya-Gruppe (Network of young altermondialists) in Hannover mitgegründet und war dort aktiv. Heute ist er bei Junges Attac und vertritt Attac zurzeit im Bündnis »Wald statt Asphalt«. Wir haben mit ihm darüber und über seine Zeit im Dannenröder Wald bei den Protesten gegen den Weiterbau der A49 gesprochen.

Aaron, die Positionen von Attac bei G20 waren der Anstoß, der dich zu Attac gebracht hat. Über dein Engagement in der Noya-Gruppe Hannover bist du dann in Junges Attac eingestiegen – was hältst du denn grundsätzlich von der Idee, diesen »jungen Arm« von Attac aufzubauen? Wie verbunden kann so eine Gruppe mit Attac als Ganzem sein? Besteht da nicht die Gefahr, dass mehr neben- als miteinander passiert?

Die Themensetzung ist natürlich ziemlich ähnlich, auch wenn Junges Attac aktionistischer ausgerichtet ist und zum Teil die Schwerpunkte anders setzt. Das eröffnet Möglichkeiten, sich aufeinander zu beziehen und zusammenzuarbeiten; das ist super. Aber ich glaube auch, dass es gerade im Attac-Kontext unbedingt nötig ist, dass man junge Leute an Bord bekommt, und eine Ausrichtung mit einem »jungen Arm« ist dafür eine sehr gute Idee. In Junges Attac sind wir in Gesprächen dazu, wie wir unser Verhältnis zu Attac gestalten, wie wir grundsätzlich arbeiten und in welche Richtun-

gen wir gehen wollen. Wir nutzen die Möglichkeit, um grundsätzlich zu überdenken, wie wir uns organisieren wollen; wie wir miteinander umgehen, wie wir Entscheidungen treffen, wie wir uns nach außen präsentieren möchten, und so weiter. Den Freiraum, den wir dafür haben, genieße ich sehr, denn so können wir uns einige neue Möglichkeiten schaffen, die vielleicht in den »alten« Strukturen von Attac so nicht für uns da sind. Die Frage ist dabei ja immer, inwieweit wir versuchen wollen, in Attac hineinzuwirken, um dort etwas zu verändern, oder ob wir uns innerhalb von Attac eine eigene Bubble schaffen wollen, die insgesamt jünger geprägt ist. Es scheint für uns ein wichtiger Schritt zu sein, in Attac etwas Junges aufzubauen, bevor wir uns auf das große Ganze stürzen.

... was ja irgendwann an eine biologische Grenze kommt, ihr werdet ja auch älter (lacht). Da wird es ja eine Form des Übergangs zumindest auf individueller Ebene brauchen.

Das stimmt natürlich, und in gewisser Weise hat das ja auch schon in Ansätzen stattgefunden, indem Alina und Nic aus Junges Attac in den bundesweiten Attac-Koordinierungskreis gegangen sind. Dadurch sind neue Möglichkeiten für Junges Attac entstanden.

Du bist nicht nur Attac-Vertreter im »Wald statt Asphalt«-Bündnis, sondern warst auch im »Danni«, also im Dannenröder Wald, vor Ort. Was hast du dort erlebt?

Ich habe im Danni jetzt nicht die »klassischen Waldbesetzer*innenaufgaben« übernommen, wie man sich das vielleicht so vorstellt: Die Aktivist*innen gehen in den Wald und landen im Baumhaus. Weil ich anfänglich ohne eigene Bezugsgruppe dort war, habe ich hauptsächlich Aufgaben rund um die Versorgung des Camps übernommen, wie zum Beispiel den Info-stand zu unbeliebten Schichten wie von vier Uhr nachts bis acht Uhr morgens zu betreiben. Mich hat fasziniert, mit wie viel Herzblut die Menschen dort gearbeitet haben. Am Ende des Tages gab es immer Essen und alle waren versorgt, ohne dass es dafür Regeln gab. Es hat sich immer jemand gefunden, der sich verantwortlich gefühlt hat, zum Beispiel in der Küche zu helfen. Selbst wenn sich nachts um vier jemand aufgelöst bei uns gemeldet hat, weil sie nicht ins Camp gefunden hat, konnte organisiert werden, dass dieser Mensch abgeholt wird. Die Selbstorganisation und das solidarische Miteinander waren beeindruckend. Auch die Unterstützung der Anwohner*innen war groß; es darf ja nicht vergessen werden, dass auch viele lokale Initiativen gegen den Weiterbau der A49 wichtige Arbeit leisten. Leider musste ich aber auch Rücksichtslosigkeit und Gewalt seitens der Polizei miterleben. Das ist zwar auch für mich nichts Neues mehr, aber dieses Mal hat mich besonders die Leichtsinnigkeit erschreckt, mit der die Polizei Kletteraktivist*innen in Lebensgefahr gebracht hat.

In welche Richtung arbeitet das Bündnis »Wald statt Asphalt« jetzt nach der Räumung des Danni weiter?

Natürlich liegt der Schwerpunkt weiter auf einem Stopp des A49-Ausbaus. Das Bündnis versteht sich auch als organisierender Knotenpunkt für andere Initiativen, die es bundesweit gibt, auch zu anderen Autobahnprojekten. Wir versuchen, diese Kräfte zu bündeln und uns gegenseitig zu unterstützen. Die Bewegung im Danni hat vielen lokalen Bürger*inneninitiativen einen Motivations-schub gegeben, und ich habe das Gefühl, dass da neue Energie freigesetzt worden ist. Es ist ein wichtiger Erfolg der Proteste, dass sie eine breite öffentliche Debatte darüber angestoßen haben, ob wir überhaupt so viele Autobahnen, so viele Autos brauchen. Auch wenn der Wald schon gerodet wurde: Noch gibt es da keine Autobahn!

Interview: **Julie Axmann**

Neu im Webshop

Das Geld gehört uns allen!

Johannes Priesemann / Alfred Eibl

Das Geld gehört uns allen

Statt PayPal, »Libra«, AliPay: Alternativen zur digitalen Überwachung und Kontrolle
AttacBasisTexte 58

Geld ist ein öffentliches Gut. Seinen Nutzen eignen sich gegenwärtig zum allergrößten Teil jedoch private Akteure an. Neben die bekannten Banken treten mehr und mehr technologisch weiterentwickelte Finanzinstrumente (Fintechs) und die großen digitalen Plattformunternehmen wie Google, Facebook, Apple, WeChat oder Alipay aus China. Das Facebook-Projekt Libra bzw. Diem steht prototypisch für die neue Form eines Weltgeldes.

Die Informationstechnologie bringt dabei eine vollkommen neue Verteilung von Wissen und Macht über Daten menschlichen Verhaltens mit sich. Wenn Private sich den Netzwerknutzen des Geldes und – über die Kontrolle der Geldbewegungen – zugleich die Daten über das Verhalten der Nutzer*innen aneignen, wird das Risiko zur brennenden Gefahr für Würde und Freiheit.

Wem steht in unserer Rechtsordnung der Nutzen des Netzwerkutes Geld zu? Wie antworten wir auf die Überwachung und Datenausbeutung durch IT-Giganten und Staaten?

Der Jurist Johannes Priesemann und der Finanzexperte Alfred Eibl aus der Attac-Arbeitsgemeinschaft Finanzmärkte und Steuern zeigen Alternativen zu digitalen Geldformen und für eine sichere und allgemein zugängliche neue Geldordnung.

Bestellungen online unter attac.de/shop,
telefonisch unter 069-900 281-10 oder per
Fax an 069-900 281-99.



Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion: Judith Amler,

Jule Axmann, Frauke Distelrath,

Stephanie Handtmann, Achim Heier,

Hermann Mahler, Jana Mattered

Vi.S.d.P.: Stephanie Handtmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.

Tel. 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Für eine gerechte Verteilung der Krisenkosten!

Die Corona-Krise kostet hierzulande und weltweit Unsummen, und viele Wirtschaftszweige sind im Laufe des vergangenen Jahres eingebrochen. Bei der Frage, wie die Krisenkosten zu bewältigen seien, wird einmal mehr offensichtlich, wie überfällig eine Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten ist. Wieder besteht die Gefahr, wie schon in der Finanzkrise ab 2007, dass Gewinne privatisiert, Verluste aber sozialisiert werden. Dass zum Beispiel ein Konzern wie Lufthansa mit Milliardenhilfe vom Staat gerettet werden muss, während der Konzern es außerhalb von Krisenzeiten vorzieht, Gelder in Steueroasen zu verschieben, statt angemessen in die Töpfe einzubezahlen, aus denen heraus er jetzt gerettet werden muss, ist nur eins von vielen Beispielen. Und nicht alle verlieren während der Pandemie. Große Internethändler, allen voran Amazon,

verdienen kräftig an jedem Lockdown. Auch die Vermögen der Hauptanteilseigner*innen von Aldi, Lidl und BMW – ohnehin in schwindelerregender Milliardenhöhe – sind in den ersten Monaten der Pandemie bis September 2020 um bis zu 15 Prozent gestiegen.

Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie muss sichergestellt werden, dass diejenigen, die an der Krise kräftig verdienen, und diejenigen mit großen Vermögen ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und angemessen zur Begleichung der Krisenkosten zur Kasse gebeten werden! Steuerflucht stoppen, Reichtum umverteilen: **Dafür macht Attac sich stark, jetzt und in Zukunft – unterstütze uns dabei!**

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter attac.de/spenden geht das schnell und unkompliziert. **Herzlichen Dank!**



Foto: attac.de

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. 2014 entzog das Finanzamt Attac die Gemeinnützigkeit mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Der Bundesfinanzhof hat diese Sichtweise in seiner Entscheidung vom Februar 2019 aufgegriffen und unsere Klage an die erste Instanz, die unsere Gemeinnützigkeit bestätigt hatte, zurückverwiesen. In der Verhandlung im Februar 2020 unterlag Attac; eine Revision wurde vom BFH im Januar 2021 abgelehnt. Wir bereiten eine Verfassungsklage vor. Leider können wir keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF2101

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE 06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE